

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 pbbn d



## Inhalt

Jan Oostergetelo MdB zur  
neuen Kindergeldregelung:  
Böses Erwachen zum Jahres-  
beginn. Seite 1

Eckart Kuhlwein MdB zur  
Diskussion über die Förde-  
rung von Hochbegabten: Ist  
Herr von Brauchitsch Elite?  
Seite 3

Hans Koschnick zum 25-  
jährigen Dienstjubiläum von  
Hans-Eberhard Dingels: Ein  
Dank dem Internationalen  
Sekretär. Seite 5

41. Jahrgang / 1

2. Januar 1986

**Böses Erwachen bei neuer Kindergeldregelung**

Ärmste der Gesellschaft müssen sich als Betrogene fühlen

Von Jan Oostergetelo MdB

Ein „böses Erwachen“ wird es bei den Empfängen von Kindergeld jetzt geben: Das von CDU/CSU und FDP neugeschaffene System der Kindergeldvergabe über steuerliche Kinderfreibeträge und Zusatzgeldvergabe über steuerliche Kinderfreibeträge und Zusatzkindergeld ist mit dem neuen Jahr in Kraft getreten. Kaum jemand ahnt, daß als Konsequenz der neuen Regelung zum einen das „faktische Plus in der Kasse“ je nach Fall zwischen 1.149 DM und Null DM und die „faktische Verfügbarkeit“ irgendwo zwischen sofort und nach zwei Jahren liegen kann, wobei die gesamte Gruppe der Sozialhilfeempfänger faktisch leer ausgeht.

Dies ist die Folge des unsinnigen Versuchs, Sozialpolitik über die Steuerpolitik zu verwirklichen. Durch die Krücke des sogenannten Zusatzkindergeldes werden nun eine Fülle von Ungereimtheiten und abstrusen Ergebnissen zu beklagen sein. Allgemein bekannt ist bisher nur die grobe Ungerechtigkeit, daß durch die Umsetzung der Förderung über den Steuerweg das Kind des Gutverdienenden dem Staat bis zu zweieinhalb mal mehr wert ist, als das Kind des Normalverdieners.

Da der Weg der steuerlichen Freibeträge Eltern, die kein zu versteuerndes Einkommen haben, verschlossen ist, hat die Regierung als „soziales Feigenblatt“ das Zusatzkindergeld geschaffen, das bei Nachweis zu geringen oder nicht vorhandenen Einkommens in einer Höhe bis zu 46 DM pro Monat gezahlt wird. Dieses Doppelsystem der Förderung führt nicht nur zu einem unsinnigen und teuren Verwaltungsaufwand, es zeitigt auch im Einzelfall seltsame Resultate.

Nur Bürger ohne steuerpflichtiges Einkommen können damit rechnen, das ihnen zustehende Zusatzkindergeld schon 1986 regel-

Verlag und Redaktion:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kostenloser Übergang  
zu normaler Rahmgröße  
Registrier-Paper



mäßig zu erhalten. Bürger, die aufgrund eines zu geringen Einkommens zur Nutzung der Freibeträge, ebenfalls das Anrecht auf Zahlung des Zusatzkindergeldes haben, können dies erst nach Zugang des Steuerbescheides für das Jahr 1986 - also faktisch Mitte des Jahres 1987 oder noch später - beantragen. So kann es dazu kommen, daß gerade diejenigen unter den Eltern, die wegen eines geringen Einkommens dringend auf das Kindergeld angewiesen sind, dieses zum Beispiel für Januar 1986 erst im Januar 1988 wirklich erhalten.

Nahezu unglaublich ist jedoch, daß Sozialhilfeempfänger faktisch „nicht eine einzige Mark“ des Zusatzkindergeldes erhalten. Da das Zusatzkindergeld bei der Berechnung der Höhe der Sozialhilfe als Einkommen bewertet wird, führt die Überweisung des Zusatzkindergeldes bei ihnen zu einer Kürzung der Sozialhilfe in gleicher Höhe. In der faktischen Auswirkung ist also das Zusatzkindergeld in diesem Bereich ein „Finanzentlastungsgesetz für die Kommunen“, die als Träger der Sozialhilfe nun die Höhe der Sozialhilfe um den Betrag des Zusatzkindergeldes kürzen könnten, was bundesweit für Städte und Gemeinden eine Einsparung von mindestens einer halben Milliarde DM auf dem Rücken der Ärmsten der Armen ausmachen dürfte.

Es kennzeichnet das sozialpolitische Wirrwarr in der Politik der Regierung Kohl, daß das Zusatzkindergeld steuersystematisch als Einkommen behandelt wird und somit zu Abzügen führt, obwohl die Regierung selbst seine Einrichtung damit begründet hat, daß wenigstens 46 DM auch bei denen ankommen sollten, bei denen die steuerliche Entlastung nicht greift. Obwohl die Sozialhilfeempfänger eindeutig dieser Gruppe zuzurechnen sind, werden sie nichts erhalten. Daß es auch anders geht, zeigt die Festlegung beim Erziehungsgeld, das in voller Höhe unabhängig von sonstigen Sozialleistungen gezahlt wird, was zu begrüßen ist. (-/2.1.1986/vo-he/rs)

+ + +



Ist Herr von Brauchitsch Elite?

Zehn Thesen zur Diskussion über Förderung von Hochbegabten und Spitzenkönnern

Von Eckart Kuhlwein MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Bildung und Wissenschaft des Deutschen Bundestages

1. Es ist bemerkenswert, daß die Elitediskussion erst mit der politischen Wende wieder eingesetzt hat - verbunden mit dem offenen Vorwurf, frühere Bundesregierungen (und der Vorwurf betrifft dann wohl auch die Länder) hätten nicht genügend getan, um Spitzenkönnern zu fördern. Das Argument der fehlenden Nobelpreisträger ist allerdings nach den letzten beiden naturwissenschaftlichen Preisen nicht mehr so ganz plausibel.
2. Ich habe manchmal den Eindruck, die Diskussion über die Elite würde von denjenigen am intensivsten betrieben, die sich selbst gern dazu zählen wollen.
3. Ich kann mit dem Begriff „Elite“ wenig anfangen, weil er je nach Interessenlage unterschiedlich verwendet wird. Ist Elite das, was sich am besten vermarkten läßt? Wozu gehören Spitzenleistungen in der Archäologie, die von niemandem finanziell gefördert werden? Gibt es auch eine „Handwerker-Elite“, wie Frau Minister Wilms behauptet? Wieviel Prozent einer Gesellschaft, einer Branche, eines Berufes gehören dazu? Sind diejenigen Elite, die am meisten verdienen? Ist Herr von Brauchitsch Elite?
4. Diejenigen, die die Elite-Diskussion betreiben (und die meinen mehr damit als Förderung besonders Begabter), verbinden damit offenbar folgende Ziele, die ihre Entsprechung im konkreten Handeln der derzeit Regierenden finden:
  - die Aufteilung der Gesellschaft erneut in Kopf- und Handarbeiter,
  - die Rückführung der Zahl der Abiturienten, Akademiker durch den BaföG-Kahlschlag,
  - die Frühsortierung und -separierung der Kinder und Jugendlichen, um möglichst auch das richtige elitäre Bewußtsein heranzuzüchten.
5. Das Gesellschaftsbild der Elite-Apologeten entspricht dem Bild einer geteilten Gesellschaft, in der eine zahlenmäßig begrenzte Gruppe Macht, Herrschaft, Einkommen und Vermögen, Privilegien unter sich aufteilt und an ihre Nachkommen weitergibt. Dies ist das Bild einer vordemokratischen Gesellschaft.
6. Auch eine demokratische Gesellschaft ist auf besonders fähige und besonders engagierte Menschen angewiesen. Gleichzeitig muß in der demokratischen Gesellschaft jeder die Chance haben, seine Fähigkeiten und sein Engagement zu entfalten. Deshalb braucht eine demokratische Gesellschaft faktische und nicht nur theoretische Chancengleichheit. Es hängt



eben nicht nur, wie Wilms und Christians behaupten, vom Bildungswillen ab, ob jemand alle Bildungsmöglichkeiten ausschöpfen kann, sondern auch von den materiellen und sozialen Bedingungen. Deshalb treten wir dafür ein, daß in allen Phasen des Bildungssystems in erster Linie gefördert wird - durch die Sicherung der materiellen Grundlagen und durch pädagogische Hinwendung zum jungen Menschen.

7. Die Elite-Förderer übersehen gern, daß Spitzenleistungen davon abhängen, wie die Breite gefördert worden ist. Es ist deshalb auch ökonomisch unsinnig, die Förderung nur auf wenige angeblich früherkannte Hochbegabte zu konzentrieren und die übrigen zu vernachlässigen. Niemand hat bisher beweisen können, daß es uns besser ginge, wenn die Mehrheit der Jugendlichen weniger lernte.
8. Ich habe grundsätzlich nichts gegen die „Hochbegabtenforschung“, weil der Mensch offenbar immer noch ein unbekanntes Wesen ist. Aber ich frage mich, ob es heute für pädagogische Forschung nicht wichtigere Themen gibt. Ich danke zum Beispiel daran, daß diese Gesellschaft bis heute kein pädagogisches Konzept kennt, wie die jungen Menschen in die Gesellschaft integriert werden können, die von ihr zuvor - etwa durch Arbeitslosigkeit - kaputt gemacht worden sind. Und mir tun die Kinder leid, die als früherkannte Intelligenzbestien in eine Sonderrolle gedrängt werden.

Ich warne davor, diese Wunderkinder zu separieren - weil das für ihr eigenes Glück und für die Entwicklung der Gesellschaft verhängnisvoll sein könnte.

9. Ich habe auch nichts gegen zusätzliche Angebote an besonders Leistungsfähige, soweit sie nicht zu Lasten des Angebotes für alle gehen. Bei knappen finanziellen Ressourcen sind mir allerdings Förderstunden für die Schwachen wichtiger als Hochleistungstraining für einige wenige. Das gilt für die Schule genauso wie für die Hochschule. Und ich wage die Behauptung, daß die meisten leistungsstarken Schüler auch ohne zusätzliche Förderung in der Schule ihren Weg finden. Der Ausschuß für Bildung und Wissenschaft hat dies mehrfach in Gesprächen mit deutschen Spitzenschülern in Physik und Mathematik bestätigt bekommen.
10. Eine demokratische Gesellschaft braucht für Kinder in den Jahren der Entwicklung eine gemeinsame Schule. Sie muß Bildungswege für alle offenhalten. Sie muß fördern statt auslesen. Sie muß allen Menschen Berufsfähigkeit, Kompetenz zur Mitbestimmung und zur autonomen Lebensgestaltung vermitteln. Davon sind wir noch weit entfernt. Mit Elite-Gerede statt Politik für alle Kinder erreichen wir dieses Ziel jedenfalls nicht. (-/2.1.1986/vo-he/rs)



Ein Dank an Hans-Eberhard Dingels

25 Jahre verantwortlicher Dienst für internationale Verständigung

Von Hans Koschnick

Vorsitzender der Internationalen Kommission beim Parteivorstand der SPD

Auf den ersten Blick ist es kaum zu glauben, daß Hans-Eberhard Dingels mit Beginn dieses Jahres 25 Jahr für uns als „Internationaler Sekretär“ - wie man früher sagte - beziehungsweise als Abteilungsleiter im Parteivorstand verantwortlich für die Ausgestaltung der internationalen Beziehungen der SPD tätig ist.

Es waren Jahre, in denen sich die SPD unter Vorsitz von Willy Brandt immer stärker der internationalen Zusammenarbeit zuwandte oder dazu gefordert wurde. Es waren zugleich Jahre, in denen langjährige Regierungsbeteiligung und Regierungsführung besondere und zusätzliche Aufgaben für die internationale Abteilung brachten. Alles nicht ohne Auswirkungen auf die Arbeit, auf die Belastung des zuständigen „Internationalen Sekretärs“.

Schließlich waren es die Jahre, in denen sich die Sozialistische Internationale wandelte. Jetzt war sie nicht mehr so sehr der Bruderbund aller befreundeten Parteien aus einem großen Parteienspektrum, sondern sie entwickelte sich mehr und mehr zu einer Institution weltumspannenden Dialogs zwischen den klassischen Parteien der demokratischen Arbeiterbewegung der Industrienationen und den jungen Freiheitskräften, den progressiven Bewegungen der Dritten Welt, vornehmlich aus Lateinamerika und Schwarzafrika.

Ihr Kampf gegen autoritäre und feudalistische Strukturen wie gegen den Kolonialismus alter und neuer Prägung verlangten neue Beziehungsmuster. Und an all diesem strickte Hans-Eberhard Dingels mit, vernetzte und verknötete, sicherte brüchig gewordene neu ab und bemühte sich um zusätzliche Kontakte.

Die Ansätze eines nichtdogmatischen Dialogs, die Stärkung freiheitlicher, demokratischer Bewegungen, die Förderung des Verständnisses für den Vorrang sozialer Gerechtigkeit in den Armuts-



regionen unserer Welt führten zu zusätzlichen Arbeitsbelastungen. Doch die „Internationale Abteilung“ hat durchgehalten, trotz mancher gesundheitlicher Rückschläge infolge der starken Belastung der Mitarbeiter. Heute zieht sich ein großes Netz internationaler Beziehungen über die Aufgabenstellung der SPD. Und wir vernachlässigen unsere internationalen Pflichten nicht. Daß wir das können, verdanken wir auch und nicht zuletzt Hans-Eberhard Dingels und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. In Sonderheit seiner Kenntnis vieler Persönlichkeiten aus dem freiheitlichen Lager der Arbeiterbewegung. Sein Wissen um Strukturen, Bedingungen und Abhängigkeiten in den verschiedensten Regionen der Welt verbunden mit dem Bemühen um aktive Solidarität gegenüber den Schwächeren, Gefährdeten und Unterdrückten haben uns gemeinsam weitergebracht.

Ich danke Hans-Eberhard Dingels für seine erbrachten Dienste und hoffe auf weitere engagierte Zusammenarbeit in den kommenden Jahren.

./-/2.1.1986/va-he/rs)

+ + +